

Nr. 3024/1J

1992-05-22

ANFRAGE

der Abgeordneten Madeleine Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Beschäftigungsentwicklung in der Textilindustrie

Einer APA-Aussendung vom 5. Mai 1992 von Frau Staatssekretärin Fekter, welche wir zu Ihrer Information in Kopie beilegen, entnehmen wir unter anderem, daß das Neu-Überdenken unserer Industriepolitik mit dem Aufbrechen des starren und unflexiblen Lohnkorsets verbunden sein soll. Insbesondere erwähnt Frau Fekter die Textilindustrie als Krisenbranche, die auf ihre Verträglichkeit betreffend des hohen Lohnkostenniveaus untersucht werden soll. Die unterfertigten Abgeordneten richten auf Grund dieser APA-Meldung daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE:

1. Wie hat sich der Beschäftigtenstand in der Textilindustrie entwickelt und gibt es Prognosen über dessen zukünftige Entwicklung insbesondere über Auswirkungen des EWR-Vertrages und eines eventuellen EG-Beitritts auf diese Branche?
2. Wo liegen die Lohnkosten der österreichischen Textilindustrie im internationalen Vergleich?
3. Ist Ihnen verständlich, was Frau Staatssekretärin Fekter mit dem Satz: "Diese Fragen sollten von einer einheitlichen gesetzlichen Regelung ausgenommen und primär von den Sozialpartnern diskutiert werden." meint?
4. Zu welchen Bedingungen sollten Ihrer Meinung nach und auch der Meinung von Frau Staatssekretärin Fekter nach Arbeitnehmer in Krisenbranchen arbeiten?
5. Welche Strategien für die in Krisenbranchen beschäftigten Arbeitnehmer sieht eine neu überdachte Industriepolitik nach diesem Konzept vor?

6. Wird seitens Ihres Ministeriums die Forderung nach zumindest einem kollektivvertraglichen Mindestlohn in Höhe von S 10.000,-- brutto (welcher valorisiert heute bereits S 12.000,-- betragen sollte) unterstützt; dies insbesondere auch für Krisenbranchen?

APA051 5 WI 0385

05.Mai 92

Wirtschaftspolitik/Österreich

Staatssekretärin Fekter sorgt sich um Industriestandort Österreich 1

Utl.: Langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen schaffen =

Wien (APA) - Wirtschaftsstaatssekretärin Maria Fekter sorgt sich um den Industriestandort Österreich. Das geänderte Wirtschaftsumfeld, das in der Öffnung der Ostländer seinen markantesten Niederschlag gefunden habe und sich mit dem Zusammenwachsen der westeuropäischen Staaten im Binnenmarkt weiter akzentuieren werde, mache eine Neuausrichtung der österreichischen Industriepolitik notwendig, sagte Fekter am Montag abend bei einem Gespräch am Runden Tisch in Wien. Eine neuüberdachte Industriepolitik habe insbesondere Sorge zu tragen, daß für Industrie- und Kapitalinvestitionen langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nicht die Einzelprobleme an sich seien kritisch, sondern ihr Ineinandergreifen wirke wie ein Schneeballsystem, sagte Fekter. ***

Die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie sei nicht generell den zu hohen Lohnkosten anzulasten, sagte die Staatssekretärin unter Hinweis auf Länder wie die Bundesrepublik, die Schweiz oder Schweden. Diese hätten zwar deutlich höhere Lohnkosten als Österreich, seien als Industriestandorte aber dennoch umstritten. Notwendig sei vielmehr, das hohe Lohnkostenniveau auf seine Verträglichkeit für bestimmte Krisenbranchen, wie etwa die Textilindustrie, zu untersuchen. Insofern wünscht sich Fekter ein Aufbrechen des "starren und unflexiblen Lohnkorsetts". Diese Fragen sollten von einer einheitlichen gesetzlichen Regelung ausgenommen und primär von den Sozialpartnern diskutiert werden.

Gründe, die ausländische Investoren vor einem Engagement in Österreich abhalten könnten, sieht Fekter aber auch in der Überregulierung der betrieblichen Bewilligungsverfahren. Hier sei eine Verfahrenskonzentration sowie die Festlegung eines Zeitrahmens angebracht. Soll Österreich als Industriestandort auch in Zukunft attraktiv bleiben, so sei auch in der Förderungspolitik eine Kehrtwende angezeigt: weg von der Einzel- und hin zur Infrastrukturförderung. Als vielversprechende und somit förderungswürdige Branche erscheint Fekter neben der Umwelttechnik und dem Kommunalwesen insbesondere die Holzindustrie. Fekter: "Hier haben wir den Rohstoff, sind selbst Abnehmerland, sind in der Technik führend und haben die notwendige Ausbildungsinfrastruktur". Generell sei der Ausbildung in den Schulen sowie den Lehrinhalten mehr Beachtung zu schenken.

Der Leiter der Abteilung Industriepolitik in der Industriellenvereinigung, Wolfgang Tritremmel, wies darauf hin, daß österreichische Unternehmen seit 1989 mehr im Ausland investieren als umgekehrt ausländische Unternehmen Kapital nach Österreich bringen. Investitionsbarrieren ordnet Tritremmel u.a. in der hohen Steuer- und Abgabenbelastung, den steigenden Lohnnebenkosten und den zunehmenden Umweltschutzauflagen in Österreich. Auch die Tatsache, daß Österreich noch nicht EG-Mitglied ist, wirke hemmend auf die Investitionstätigkeit ausländischer Wirtschaftstreiber. Von politischer Seite sei deshalb alles daranzusetzen, möglichst rasch

den Beitritt zu realisieren, so Tritremmel.
(Forts.) gs/mi

APA051 1992-05-05/09:11